

Zurück in den Sumpf

Dem Berliner Justiz- und Verbraucherschutzsenator Michael Braun (CDU) werden dubiose Immobiliengeschäfte zur Last gelegt

Benedict Ugarte Chacón

Den Start der rot-schwarzen Landesregierung hatte man sich bei der Berliner CDU sicher anders vorgestellt: Schon nach wenigen Tagen wurde deutlich, daß die Partei nach wie vor fest mit dem alten Berliner Bau- und Immobiliensumpf verwoben ist. Michael Braun, von Beruf Rechtsanwalt und Notar und seit 1995 Abgeordneter, wurde am 1. Dezember vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) zum Justiz- und Verbraucherschutzsenator ernannt. Parallel dazu erhoben Verbraucherschutzanwälte den Vorwurf, die von Braun und seinem CDU-Kollegen Uwe Lehmann-Brauns geführte Kanzlei habe Verkäufe von Schrottimmobilen beurkundet und damit Kleinanleger massiv geschädigt. Solche »Mitternachtsgeschäfte« laufen wie folgt ab: Immobilienfirmen, die billig und massenhaft Objekte erworben haben, bauen einen »Strukturvertrieb« auf, um minderwertige Wohnungen einzeln und zu überteuerten Preisen an den Mann zu bringen. Hierzu werden per Telefon oder Hausbesuch Interessenten angeworben, denen man angeblich raffinierte Steuersparmodelle verspricht. Plötzlich ist Eile angesagt. Man drängt die Interessenten zu einem Termin beim Notar, der sich ausnahmsweise am Abend oder am Wochenende Zeit genommen hat, weil es doch so schnell gehen muß. Mit dieser Masche werden Verbraucher gezielt überrumpelt und stehen am Ende mit einer wertlosen Eigentumswohnung da, die sie oft vorher nicht einmal gesehen, aber per Kredit finanziert haben. Tausende Kleinanleger sind durch solche Käufe in der BRD in den Ruin getrieben worden. Braun soll Geschäfte dieser Art als Notar beurkundet haben. Laut Informationen der Berliner Zeitung ist unter den 900 Berliner Notaren nur ein Dutzend dazu bereit.

Am Mittwoch wies Braun die Vorwürfe im Rechtsausschuß des Abgeordnetenhauses zurück: Er habe nie rechtswidrig gehandelt und auch nie bewußt die Interessen von Verbrauchern mißachtet. Zudem habe er als Notar nur die rechtlichen Risiken solcher Geschäfte zu beurteilen und sei kein wirtschaftlicher Berater. Für welche Firmen er Verträge beurkundete, wollte Braun aufgrund der notariellen Schweigepflicht nicht sagen. Immerhin: Die Berliner Unternehmensgruppe »Grüezi«, die laut Schutzgemeinschaft für geschädigte Kapitalanleger mit den genannten Methoden arbeitet, residierte zeitweise im selben Haus am Kurfürstendamm wie Brauns Kanzlei. Nach der Sitzung des Rechtsausschusses bezweifelten Anlegerschützer den Wahrheitsgehalt von Brauns Aussagen und forderten erneut seinen Rücktritt.

Deutliche Risse zeigt somit die neue Fassade, die sich die Berliner CDU nach dem Berliner Bankenskandal zulegen wollte. Damals war sie mit Schimpf und Schande aus der Regierung gejagt worden, auch weil ihr damaliger Fraktionsvorsitzender Klaus-Rüdiger Landowsky eine tragende Rolle beim Bankenskandal gespielt hatte. Seitdem versuchte sie, bei beachtlichem Personalverschleiß, das Image der verfilzten Westberliner Klientelpartei loszuwerden und sich zur »modernen Hauptstadt-CDU« zu wandeln. Daß es damit nicht weit her ist, zeigt nicht nur Michael Braun. An den Koalitionsverhandlungen waren neben ihm auch Frank Steffel und Monika Grütters, beide Ziehkinder Landowskys, und allen voran Frank Henkel beteiligt. Henkel wiederum wurde 2008 Parteivorsitzender, nachdem Landowsky »beratend« tätig gewesen war. Vielleicht hat das auch damit zu tun, daß beide »Alte Herren« der selben schlagenden Verbindung – der Sängerschaft Borussia – angehören.